

Protokoll Workshop 4: Anforderungen an die Praxis, insbesondere der Wirtschaft, an die juristische Ausbildung

Einleitende Bemerkungen durch J.L. Chenaux

Folgende Fragen stellen sich im Rahmen dieses Workshop:

- Hat sich die Rolle des Juristen in der Gesellschaft/in der Wirtschaft verändert?
- Wie ist das Umfeld des Juristen beschaffen?
- Welche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen haben Einfluss auf die Rolle des Juristen?
- Welche Rolle spielt das Recht in der Unternehmung und welche Veränderungen ggü. früher sind diesbezüglich erkennbar?

Es erfolgt eine kurze Zusammenfassung der im Vorfeld zur Verfügung gestellten Referate durch die jeweiligen Autoren.

Diskussion

Welches Profil braucht der Jurist aus Sicht der Wirtschaft?

Dubs: Die Wirtschaft macht zur Zeit den Fehler, dass sie meint, die Welt bestehe nur noch aus Globalisierung. Die Juristerei sollte diesen Fehler nicht machen; es gibt in der Schweiz sehr viele KMU, die sehr wenig bis gar keinen Bezug zum Ausland haben. Die universitäre Ausbildung muss also auch in Zukunft Generalisten und Verwaltungsjuristen neben einigen wenigen Spezialisten in der globalen Wirtschafts(rechts-)ordnung hervorbringen. Wesentliche Anforderungen an einen Juristen muss aber jedenfalls der wirtschaftliche Sachverstand sein.

du Pasquier: Auch kleine Unternehmen sind heute mit internationalen Rechtsfragen konfrontiert. Die juristischen Berater dieser Unternehmen müssen die Konzeption der relevanten ausländischen Rechtsordnungen kennen, um kompetent beraten zu können.

Drolshammer: „Klein“ und „gross“ muss im Zusammenhang mit Unternehmungen in dem Sinne relativiert werden, als „gross“ heutzutage nicht mehr nur von der Anzahl der Mitarbeiter einer Unternehmung abhängt. Gerade die New Economy bringt hier Beispiele hervor, dass auch kleinste Unternehmen starken Auslandsbezug aufweisen und als „grosse“ Unternehmen gelten.

Gute Juristen müssen heute über folgende Kompetenzen verfügen:

- rechtliches Wissen und Verstehenskompetenz
- rechtliche Handlungs- und Verhandlungskompetenz
- kognitive/emotionale/kulturelle Kompetenz
- Beurteilungskompetenz
- Finalkompetenz
- Haltungskompetenz (Berufsethik)
- Wirtschafts- und rechtsbezogene Internationalisierungskompetenz (Internationality)

Es gibt viele Anforderungen an einen Juristen, die an Universitäten nicht gelehrt werden können (z.B. Auslandserfahrungen in Form von Reisen, militärische Karriere etc.)

Welche Erfahrungen hat die Praxis in Bezug auf das Anforderungsprofil an einen Juristen gemacht, welchen „Fähigkeiten-Mix“ muss ein neu einzustellender Jurist mitbringen?

- unbekannt 1: Der Jurist muss vor allem Interesse und Verständnis für die Anliegen (insbesondere die strategischen Ziele) seines Mandanten aufbringen. Es wäre verfehlt, amerikanisches Recht an den schweizerischen Universitäten zu lehren; diese internationalen Erfahrungen kann erst die Praxis mit sich bringen.
Der Jurist muss wirtschaftliche Begriffe verstehen können und den Manager oftmals auch in finanziellen Angelegenheiten beraten. Dennoch darf jetzt nicht der Fehler gemacht werden, die Studienkonzeptionen auf den (geringen) Bedarf der grossen Wirtschaftskanzleien auszurichten.
- unbekannt 2: Der Jurist muss sich als Teil der Unternehmung und nicht diese als „Kunden“ sehen. Die grossen Rechtsabteilungen mit einem Patron, der die Aufträge an seine Mitarbeiter verteilt, sind nicht mehr zeitgemäss. Vielmehr muss der Jurist mit Spezialisten, insbesondere der Technologie, zusammenarbeiten. Er muss dessen Anliegen verstehen und es mit seinen juristischen Fähigkeiten bearbeiten können. Die Universitäten können nämlich nicht für jede Aufgabe einen Juristen masschneidern.
Absolut richtig ist zwar, dass der Jurist sprachgewandt sein muss. Sprachliche Fähigkeiten dürfen aber nicht nur in der Kenntnis von Fremdsprachen gesehen werden, sondern umfassen auch die Ausdrucksfähigkeit in der Muttersprache. Denn Kommunikation ist das A und O in den juristischen Berufen.
- unbekannt 3: Bei der ganzen Globalisierungsdiskussion müssen wir aufpassen, dass wir Globalisierung nicht mit Amerikanisierung verwechseln. Wer etwa nach Südamerika exportieren will, wird mit Englischkenntnissen und Verständnis des US-amerikanischen Rechts nicht sehr weit kommen.
- unbekannt 4: Es ist erstaunlich, dass die USA und ihr Rechtssystem einen derart grossen Einfluss auf unser Recht zu haben scheinen; bei Betrachtung der schweizerischen Aussenhandelsstatistik stellt man nämlich fest, dass wir uns eigentlich eher am europäischen Umfeld orientieren sollten.
Und es ist wirklich so, dass verschiedene heute erforderliche Skills wie etwa EDV-Kenntnisse und Verhandlungstaktiken von den Professoren gar nicht mehr vermittelt werden können.
- unbekannt 5: Es geht eigentlich gar nicht um Amerikanisierung des Rechts, sondern es ist einfach erwiesenermassen so, dass der deutschsprachige Raum am wenigsten Resistenz gegen die englische Sprache aufweist. Und das Recht hinkt der Sprache hinterher.
Heute sind oft die Sprachkenntnisse der eigenen Muttersprache ungenügend. Und die Universitäten sollten sich zuerst in diesem Bereich durchsetzen, bevor sie mehr Gewicht auf die englische Sprache legen. Denn dies führt in der Praxis oftmals dazu, dass sowohl die Kenntnisse der Muttersprache als auch diejenigen der Fremdsprache ungenügend sind.
Der Anfang vom Ende aber ist, dass es zum Beispiel an der Universität Zürich möglich ist, eine Lizentiatsprüfung abzulegen, ohne je eine Prüfung in OR Allgemeiner Teil abgelegt zu haben.
- Roberto: Folgendes Problem stellte sich bei der Studienreform an der Universität St. Gallen: Die Praxis verlangt von den Universitäten Interdisziplinarität, Verkürzung der Studiendauer und die Reduktion der

Semesterwochenstunden. Die Studienreformatoren sehen sich dabei mit der Quadratur des Kreises konfrontiert.

Wichtig an der juristischen Ausbildung ist die Vermittlung von juristischen Fähigkeiten, die es dem Absolventen später erlauben, das Gelernte mittels Analogieschlüssen in der Praxis anzuwenden.

unbekannt 2: Eine Ursache der Amerikanisierung ist natürlich auch, dass das Top-Management in der Schweiz oftmals nicht aus dem Einzugsgebiet des Schweizer Rechts stammt. Und es ist sehr gefährlich, die Sprache und Fachbegriffe eines amerikanischen Managers in der Schweiz in einen Vertrag aufzunehmen, der schweizerischem Recht untersteht.

Drolshammer: In der Zukunft ist ein Dialog zwischen Unternehmen und Juristen aus Praxis und Lehre zu diesem Thema erforderlich.

Dubs: Wir sollten endlich auf die Lehr-/Lerntheorie hören, bevor wir Studienreformen diskutieren. Manches Anliegen ist nämlich schlicht nicht durchführbar.

Einleitende Bemerkungen durch J.L. Chenaux

Nachdem die Diskussion gestern vor allem die Qualitätsmerkmale des Juristen betraf, beschäftigen wir uns heute mit der Ausbildungsmethodik an den Universitäten.

Diskussion

Dubs: Die Lehr-/Lerntheorie hat folgendes gezeigt:
Wir müssen zuerst die Passivität der Studierenden überwinden und uns dann mit der Frage beschäftigen, welches Wissen einem Studium zugrundegelegt werden muss bzw. welche Fähigkeiten gefördert werden müssen. Dabei gilt es zu beachten, dass zuerst die kognitiven Fähigkeiten der Studierenden verbreitert werden. Daneben müssen Kommunikation und Mediation gefördert werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist für den Juristen die Fähigkeit zuzuhören, und diese Fähigkeit muss schon im Studium geschult werden. In der Ausbildungsmethodik ist schliesslich von besonderer Bedeutung, dass die Wissenskomponenten mit den methodologischen Komponenten (z.B. Arbeitstechniken) in der gleichen Lehrveranstaltung vermittelt werden

Richli: (präsentiert das Modell der Universität Luzern; s. www.unilu.ch)
Die Ausbildung an der Universität Luzern besteht in drei Abschnitten. An das Orientierungsjahr, in dem Fächer mit Grundlagencharakter gelehrt werden, schliesst das Bachelorstudium an, welches wiederum im (fakultativen) Masterstudium endet.
Der Aufruf zum Feedback im Programm richtet sich an alle Fachkollegen und Praktiker, aber auch an Studierende anderer Universitäten.

Roberto: Es ist schwierig, die ideale Konzeption zu finden. Uns an der Universität St. Gallen ist es auch nicht gelungen. Wir haben gestern angetönt, dass es wünschenswert wäre, in der Schweiz mit case-studies, Fremdsprachen und Interdisziplinarität arbeiten zu können. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass in den USA, wo dieses System üblich ist, nur die besten College-Absolventen überhaupt an die Universitäten zugelassen werden. In der Schweiz beginnt dagegen fast jeder Maturand ein Hochschulstudium.

In St. Gallen mussten wir uns zuerst einigen, wie wir die Assesment-Stufe gestalten, denn diese Veranstaltungen müssen nach Ablauf eines Jahres prüfbar sein. Die Studierende beschäftigen sich (in St. Gallen) erfahrungsgemäss nur mit Materie, wenn sie Prüfungsstoff ist und beginnen erst zu lernen, wenn die Prüfungen vor der Tür stehen.

- unbekannt 1: Diese Lagebeurteilung meines Vorredners ist kritisch zu betrachten: Ich habe selber in St. Gallen studiert und diese „faulen“ Studenten nicht kennengelernt. Jedenfalls muss der Lagebeurteilung ein entsprechender Entschluss folgen, und dies ist mit der St. Galler Studienreform nicht der Fall. Es wird von faulen Studierenden ausgegangen und dann wird grosses Gewicht auf das Selbststudium gelegt. Entweder die Lagebeurteilung oder der Entschluss stimmen hier nicht.
- Roberto: Zur Lagebeurteilung ist zu sagen, dass sogar meine Studierenden diese Ansicht teilen. Diese Art zu studieren ist ja auch nicht falsch. Und was die Entschlussfassung angeht müssen wir uns einfach bewusst sein, dass sie das Resultat eines langen Seilziehens innerhalb der juristischen Abteilung war.
- Richli: Wir müssen die Studierenden doch dazu bringen, an den Veranstaltungen zu erscheinen und mitzuarbeiten. Die St. Galler Kollegen möchten dies sicher auch; indem sie aber von „Vorlesungen“ sprechen, ist der Studierende doch gar nicht gehalten, sich zu beteiligen...er kann dasselbe auch zuhause „nachlesen“.
- unbekannt 2: (Der Redner ist offenbar Professor an der Universität Zürich) Selbststudium muss in jedem Fall mit der Lehrveranstaltung gekoppelt sein; es geht nicht, dass ganze Fächer im Rahmen des Selbststudiums selbst erarbeitet werden, wie der St. Galler Plan dies vorsieht.
- unbekannt 3: (Der Redner ist offenbar Professor an der Universität Lausanne) Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass die Internationalität der Ausbildung eine immer grössere Rolle spielt. Lausanne und Fribourg bieten, nahezu unbemerkt vom Rest der akademischen Schweiz, eine Doppellizenz in französischem und schweizerischem Recht an. Ebenfalls führen wir Veranstaltungen zum amerikanischen Recht nach dem amerikanischen Lehrsystem durch. In Lausanne und Genf kann überdies ein Master en droit des affaires erlangt werden, der eine neunmonatiges Praktikum in einer Unternehmung verlangt. Sie sehen, wir haben verschiedene Postulate der gestrigen Diskussion schon seit einiger Zeit umgesetzt.
Lassen Sie es mich salopp formulieren: Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Universitäten wieder Sex-Appeal gewinnen. Die Attraktivität der Universitäten ist in Amerika aus Sicht der Studierenden einfach höher.
Es ist absolut unerlässlich, dass die Studierenden die theoretischen Grundlagen haben, bevor sie sich mit praktischen Problemen beschäftigen. Und sie brauchen diese Grundlagen in erster Linie im Schweizer Recht.
- unbekannt 1: Wenn Professor Robertos Aussage stimmt, dass Jus im „Fernstudium“ gelernt werden könnte, wäre die ganze Diskussion um Studienpläne überflüssig; wir brauchten uns nur über Prüfungssysteme zu einigen. Sollte es tatsächlich stimmen, dass die Lehrveranstaltungen eigentlich nicht besucht werden müssen, wäre dies eine Bankrotterklärung an sämtliche professorale Didaktik.
- Roberto: Ich spreche natürlich nur von den überdurchschnittlich qualifizierten Studenten.

- Dubs: Selbständiges Lernen bedarf einer überaus sorgfältigen Anleitung in den Grundveranstaltungen. Meine Idealvorstellung für die universitäre Ausbildung in der Schweiz beruht darauf, dass wir den Mut haben, die Vorlesungen beizubehalten und durch Übungen zu ergänzen. In diesen Übungen könnten zuerst die Grundlagen der technischen Fertigkeiten erarbeitet werden, etwa das Lesen von juristischen Texten. Mit fortschreitender Vorlesung könnte man die dort vermittelte Theorie durch die Interpretation eines entsprechenden Bundesgerichtsentscheides anwenden. Damit hätte man nicht nur den theoretischen Stoff praktisch angewendet, sondern es wäre auch die Verknüpfung zwischen Wissen und Methodik sichergestellt. Ergänzt würde dieses System durch Hausarbeiten.
- unbekannt 4: Es kann doch nicht sein, dass der bessere Student die Vorlesung auslassen kann und der schlechtere zur Anwesenheit gezwungen ist. In diesen Fällen stellt sich die Frage nach der Qualität der Vorlesungen. Es liegt nicht an der Faulheit der Studierenden, wenn diese nicht zu den Lehrveranstaltungen erscheinen, sondern daran, dass sie dort nichts geboten bekommen, was über den Lehrbuchinhalt hinausgeht.
- Drolshammer: Das Grundproblem in der Schweiz ist nicht, wie der Studienplan aussieht, sondern, wie wir die Veränderungen in der Welt erkennen und verstehen können, um sie dann in die Ausbildung einfließen lassen zu können. Diese Gedanken spielen auf einer Meta-Ebene.
Wir müssen auch bedenken, dass jede Studienreform auch Konsequenzen in der didaktischen und infrastrukturellen Konzeption zeitigt. Vielleicht wäre den Studienreformatoren in der Schweiz in dieser Hinsicht eine etwas integralere Sichtweise zu wünschen.
Eines ist aber in aller Deutlichkeit festzuhalten: Es ist Betrug an den jungen Menschen, wenn wir sie nur im Hinblick auf die Prüfungen ausbilden. Wir müssen sie vielmehr darauf vorbereiten, was in der Praxis auf sie zukommt. Die Universitäten müssen sich fragen, ob ihr Produkt, der Absolvent, auf dem Markt gefragt ist.

Protokollführer: David Brönnimann

